*Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer*

**Buchbesprechung - Frank Ahland: Der Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg (1903-1977)**

01. September 2016, im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets

Am 19. März 2015 fand in Berlin die Konferenz der Hans Böckler Stiftung zum 70 jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt.

Am 18. März 1945 -noch vor Ende des Zweiten Weltkrieg- wurden im bereits befreiten Aachen die ersten freien Gewerkschaften nach der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft gegründet.

Dies waren die Lehren aus der politischen Zersplitterung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik, die sich teilweise erbittert gegenseitig bekämpft und damit ihrer Zerschlagung im Nationalsozialismus Vorschub geleistet hat.

Wir alle haben das Vermächtnis des ehemaligen Stellvertretenden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Wilhelm **Leuschner**, im Ohr.

Noch kurz vor seiner Hinrichtung durch die Nationalsozialisten am 29.September 1944 im Berliner Gefängnis Plötzensee schrieb er den Gewerkschaften in das Stammbuch: " **Schafft die Einheit."**

Ein führender Gewerkschafter der Geburtsstunde der Einheitsgewerkschaften in Deutschland war Ludwig **Rosenberg**.

Von 1962 bis 1969 war er der fünfte Vorsitzende des DGB.

Bereits seit 1928 Mitglied und hauptamtlicher Mitarbeiter im damaligen Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) musste er als Jude 1933 nach England emigrieren.

Er kehrte auf Wunsch von Hans Böckler, dem ersten Vorsitzenden des DGB seit seiner Gründung 1949, nach Kriegsende wieder nach Deutschland zurück.

Dort übernahm er verschiedene Gewerkschaftsfunktionen und wurde 1949 in den Vorstand des DGB mit der Zuständigkeit für Wirtschaftspolitik gewählt.

Die Veröffentlichung der Biographie des Gewerkschafters Ludwig Rosenberg nach sieben Jahrzehnten Einheitsgewerkschaft DGB hat daher auch eine besondere gewerkschaftshistorische Bedeutung.

Darüber hinaus ist dem Autor Professor Frank **Ahland** und der Hans Böckler Stiftung besonders zu danken.

Mit dieser Biographie werden die vielfach beklagten weißen Flecken der Gewerkschaftsgeschichte in Deutschland und damit ein doppeltes Versäumnis aufgearbeitet.

**Modernisierung der deutschen Gewerkschaften**

Wie Ahland feststellt, scheint Rosenberg fast vier Jahrzehnte nach seinem Tod 1977 „ja selbst in den Gewerkschaften der Vergessenheit anheimgefallen zu sein, während andere Gewerkschaftsführer seiner Zeit wie Hans Böckler, Otto Brenner, Heinz Kluncker oder Heinz Oskar Vetter weit besser erinnert wurden.“ ( S.9/10).

In seiner Biographie ist es dem Autor überzeugend gelungen, den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Einheitsgewerkschaft DGB und dem gewerkschaftspolitischen Konzept sowie seiner praktischen Umsetzung von Ludwig Rosenberg darzustellen.

Seine konsequente Orientierung an dem Ausgleich zwischen den divergierenden Interessen der Mitgliedsgewerkschaften und ihrer Vorsitzenden ist teilweise mit kritischem Unterton als Profillosigkeit charakterisiert worden.

Wie Ahland eindrucksvoll schildert, besteht hierbei ein enger Zusammenhang mit der persönlichen Lebensbiographie von Rosenberg.

Als sprachgewandter Unternehmersohn aus bürgerlichem Hause galt er als der „unorthodoxeste“ aller deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden.

Damit war er besonders prädestiniert, die Modernisierung und vor allem auch Öffnung der deutschen Gewerkschaften gegenüber neuen Personenkreisen voranzubringen.

Geprägt hat ihn auch die parlamentarische Demokratie in Großbritannien, wo er seit 1933 als Jude im Exil dem verheerenden Nationalsozialismus entkommen konnte.

Diese besonderen Prägungen und Eigenschaften von Rosenberg waren auch ausschlaggebend dafür, dass mit ihm erstmalig ein Gewerkschaftsfunktionär aus dem Apparat des DGB zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Aus der Fülle der Darstellungen über Ludwig Rosenberg in der vorliegenden Biographie möchte ich folgende Schwerpunkte besonders hervorheben:

**(1)Öffnung der Gewerkschaften zu einer pluralistischen Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft**

Wie der Autor deutlich macht, ist es Rosenberg mit beachtlichem Erfolg gelungen, die Gewerkschaften zu einer pluralistischen Demokratie zu öffnen.

Dabei gelang es ihm, die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftspolitischen Gruppierungen zu fördern:

insbesondere Arbeitgebern, Kirchen, Parteien, Verbänden sowie dem Staat auf allen Ebenen.

Ahland weist dabei zu Recht darauf hin, dass Rosenberg als „Spiritus Rektor“ des Düsseldorfer Grundsatzprogramms des DGB von 1963 bezeichnet werden kann.

Damit erfolgte eine Hinwendung der deutschen Gewerkschaften zum „Aufbau einer sozial abgesicherten marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung“.

Gleichzeitig bedeutete dies eine Distanzierung von sozialistischen Wertvorstellungen

und damit eine „Entdogmatisierung der gewerkschaftlichen Strategie“.

Wer die Gewerkschaftspolitik nicht nur von außen, sondern auch von innen erlebt hat, weiß, mit welchen Kraftanstrengungen eine gemeinsame Strategie der Mitgliedsgewerkschaften zu einer solchen Neuorientierung der gewerkschaftlichen Programmatik verbunden ist.

Wie der Autor  deutlich aufzeigt, musste Rosenberg bei dieser Neuausrichtung von Programmatik und Strategie allerdings erhebliche Ernüchterungen und Rückschläge hinnehmen:

Zu Recht beklagte er das folgenschwere Versäumnis, beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg die gravierenden Ungerechtigkeiten bei der Verteilung des Vermögens in der Bundesrepublik nicht angegangen zu sein.

Zudem blieben die Bemühungen der Gewerkschaften bei der Mitbestimmung im Wirtschaftsbereich  stecken.

Eine echte paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten wurde nur in der Montanindustrie erreicht.

In den übrigen Großbetrieben mit mitbestimmten Aufsichtsräten mussten sich die Arbeitnehmer und Gewerkschaften mit einem Drittel zufrieden geben.

Darüber hinaus blieb den Gewerkschaften eine wirksame Beteiligung an der Wirtschaftspolitik einschließlich Gesetzgebung und Regierungshandeln  versagt.

Die Einbeziehung der Gewerkschaften in die wirtschaftspolitische Rahmenplanung  in der sog. Konzertierten Aktion  wurde ein Fehlschlag.

In der Großen Koalition unter Georg Kiesinger mit dem Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller von 1966 bis 1969 nutzten die konservativen Kräfte in der Regierung  und die Arbeitsgeberseite die Konzertierte Aktion dazu, von den Gewerkschaften erhebliche Zugeständnisse in der Tarifpolitik zu erzwingen.

Wie Ahland eindrucksvoll darstellt, war Rosenberg auch besonders enttäuscht von der zunehmenden Macht der  großen Konzerne, die sie  skrupellos gegen  die Arbeitnehmer und Regierungen einsetzten.

Ein besonders herber Rückschlag für Rosenbergs Bemühungen um ein sachlicheres Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden war der erstmalige Einsatz der Aussperrung im Tarifkonflikt mit der IGMetall in Baden Württemberg 1963.

Davon waren etwa 270 000 Arbeitnehmer betroffen.

Hier gibt es viele Parallelen zwischen den Jahren von Ludwig Rosenberg als Vorsitzendem des DGB und den Nachfolgejahren bis heute.

Die Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Macht die global agierenden Konzerne haben weiter gravierend zugenommen und die Spaltung in der Gesellschaft verschärft.

Besonders aufschlussreich waren die Rückschläge des überzeugten Sozialdemokraten Ludwig Rosenberg bei der Benennung des Bundespräsidenten- gleich zweimal 1964 und 1968.

In beiden Fällen war es bezeichnend für seinen pragmatischen Umgang mit und seinen Respekt in politischen Parteien, dass ihn führende FDP Politiker mit Wolfgang Mischnik an der Spitze als Bundespräsidenten vorgeschlagen haben.

Im ersten Fall ging es um die Auseinandersetzung über die Wiederwahl des nicht unumstrittenen Bundespräsidenten Heinrich Lübke (CDU).

Vier Jahre später ging es um die Konkurrenz zwischen Rosenberg und dem erheblich älteren damaligen Justizminister Gustav Heinemann (1957 von der CDU zur SPD übergetreten)

In beiden Fällen war es bezeichnenderweise seine eigene Partei SPD, die sich gegen die Nominierung von Ludwig Rosenberg zum Bundespräsidenten entschieden hat.

Ebenfalls ist es bezeichnend für Charakter und Stil von Ludwig Rosenberg, dass in beiden Fällen der gescheiterten Nominierung zum Bundespräsidenten keine Kommentare von seiner Seite bekannt sind.

**(2) Europäische Integration**

Mit Deutlichkeit verweist der Autor auch auf die Bedeutung des sprachgewandten Rosenberg für die europäische und internationale Gewerkschaftsbewegung.

Dabei war er an der Entwicklung der EU von Anfang an aktiv beteiligt; an Marschallplan, Schumann Plan, Montanunion, Monett-Komitee und schließlich den Wirtschafts- und Sozialausschuß der EU, dessen Vorsitz er zeitweilig innehatte.

Zudem war er Vorsitzender im Europäischen Gewerkschaftssekretariat.

Als einer der wenigen Juden, die zur damaligen Zeit in der jungen Bundesrepublik gesellschaftliche Spitzenpositionen erreichten, setzte sich Rosenberg vor allem für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ein.

Zudem war er Namenspatron für das Kolleg „Historische Bezüge zwischen Arbeiterbewegung und Judentum“ von Hans Böckler Stiftung und Moses Mendelssohn Zentrum.

Damit setzte er sich für die Hinwendung jüdischer Menschen zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ein.

Hierbei bestand ein enger Zusammenhang mit der jüdischen Aufklärung in Mitteleuropa als „demokratischem Humanismus“,

wie sie von dem Philosophen und Aufklärer Moses Mendelssohn (1729-1786) bereits im 18. Jahrhundert vertreten wurde.

Dabei war für Rosenberg die Kooperation der deutschen und israelischen Gewerkschaften immer ein besonders Anliegen.

Zudem war er zeitweilig Vizepräsident des damaligen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), heute nach der Vereinigung mit der Internationale der christlichen Gewerkschaften Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB).

**(3) Gewerkschaftliche Organisation nimmt ab**

In der Biographie von Ahland wird eine weitere Entwicklungen während der Amtszeit von Rosenberg an der Spitze des DGB deutlich, die bis heute gewichtige Bedeutung hat

Dies ist die widersprüchliche Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der Gewerkschaften für die Arbeitnehmer einerseits und die abnehmende Bereitschaft zur gewerkschaftlichen Organisation und gewerkschaftlichem Einsatz andererseits.

Ahland beschreibt dies folgendermaßen: „Indem die Gewerkschaften entscheidend daran beteiligt waren, die individuellen Lebensrisiken des Einzelnen sozialpolitisch und arbeitsrechtlich zu mindern, beförderten sie zugleich die kollektive und letztlich auch

individuelle Entproletarisierung. Deutlich zutage traten die sich nicht zuletzt hieraus ergebenden immensen Organisationsprobleme.“

(4) **Binnenstruktur von Mitgliedsgewerkschaften und DGB**

Ludwig Rosenberg erfuhr ständige Konfliktfelder bei seinem Bemühen um das Austarieren der Machbalance zwischen Mitgliedsgewerkschaften und DGB.

Selbst mit damals noch 16 Mitgliedsgewerkschaften im DGB musste er ständig die Handlungsspielräume eines DGB Vorsitzenden im Konzert der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und in der Ausgestaltung der Führung in den Gewerkschaften neu austarieren.

Wie Ahland eindrucksvoll darstellt, ist Rosenberg bei seinem Bemühen diesen Dauerkonfliktherd durch eine Stärkung des DGB zu entschärfen, an seiner mangelnden gewerkschaftlichen Hausmacht und am Wiederstand des Vorsitzenden der IGMetall Otto Brenner gescheitert

Schon zur damaligen Zeit war Rosenberg mit den Anforderungen der Mitgliedsgewerkschaften konfrontiert, Personal und Kosten einzusparen.

Hier gibt es besonders eindringliche Parallelen zum Verhältnis zwischen DGB und Mitgliedsgewerkschaften in den Folgejahren- insbesondere dem Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie dem drastischen Rückgang der Mitglieder nach der Deutschen Einheit seit Mitte der 1990er Jahre.

Nach Überwindung der Finanzkrisen ab 2010 haben sich Wirtschaft, Beschäftigung und die Situation auf dem Arbeitsmarkt zwar erheblich verbessert.

Allerdings haben die Renten- und Arbeitsmarktreformen seit Anfang der 2000er Jahre zu einer drastischen Ausweitung von prekärer Beschäftigung, Niedriglöhnen und Langzeitarbeitslosigkeit geführt.

Für die Gewerkschaften war dies lange Jahre mit einem weiteren Aderlass ihrer Organisationsrate verbunden.

Davon können sie sich erst in den letzten Jahren erholen, allerdings mit erheblichen Unterschieden für die einzelnen Mitgliedsgewerkschaften.

Die Ungleichgewichte in der Verteilung der vielfältigen Aufgaben des DGB einerseits und unzureichender finanzieller und personeller Ressourcen sowie mangelnder gewerkschaftspolitischer Kompetenzen andererseits haben sich seither erheblich verschärft,

Die Anzahl der Mitglieder und damit die finanziellen Ressourcen sind insbesondere nach der deutschen Einheit seit Mitte der 1990er Jahre erheblich geschrumpft.

Die Zahl der Mitgliedsgewerkschaften hat sich von 16 auf 8 halbiert.

Damit hat sich auch die Balance von gewerkschaftspolitischen Kompetenzen und Einfluss zu Gunsten der drei großen Mitgliedsgewerkschaften- IGMetall, Verdi und BCE- verschoben.

Die Gewerkschaften stehen nach sieben Jahrzehnten seit der Gründung des DGB vor lebens- und überlebenswichtigen Herausforderungen.

Die Eckpfeiler des Sozialstaates- Tarifautonomie, Soziale Sicherung, humane Arbeit- haben nur dann eine Zukunft, wenn es gelingt, einen Paradigmenwechsel bei der Verteilung von Einkommen, Arbeitsbedingungen sowie Arbeits- und Lebenschancen einzuleiten.

Dabei gewinnen die europäische und internationale Dimension immer mehr an Bedeutung.

Dazu ist ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften heute und in Zukunft mindestens so erforderlich wie vor 70 Jahren.

Dies ist das wichtigste Vermächtnis von Ludwig Rosenberg für die Zukunft des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.